

DEZEMBER 2006

**Außenpolitik wird in Zeiten der Globalisierung zunehmend zur Innenpolitik und geht deshalb jeden einzelnen Bürger etwas an! Diese Erkenntnis ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit, denn wir haben immer noch keine außenpolitische Kultur, die mit der in den USA, Großbritannien oder Frankreich vergleichbar wäre. Eine *Strategic Community*, die sich aus den unterschiedlichen Teilbereichen der Gesellschaft zusammensetzt und in Fragen der internationalen Politik sprechfähig ist, muss bei uns erst entwickelt werden. Dazu möchte die gemeinnützige Atlantische Initiative einen Beitrag leisten. Die *Global Must Reads* fassen wichtige Studien und Analysen vor allem aus amerikanischen und europäischen Think Tanks sowie internationalen Zeitschriften auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals**

[www.global-agenda.org](http://www.global-agenda.org).

- ▶ **GMF-Umfrage: Leichte Globalisierungsskepsis in den USA und Europa** Seite 1
  - ▶ **Deutschland ist Reformmeister 2006** Seite 2
  - ▶ **Chinas Energiehunger verlangt neue Außenpolitik**
  - ▶ **Golfregion besonders attraktiver Investmentstandort** Seite 3
  - ▶ **Hoffnungsschimmer irakische Wirtschaft** Seite 4
- 
- SPECIAL: Bericht über die zweite Atlantic Happy Hour zum Thema „Bundeswehr und NATO in Afghanistan“** Seite 5
- 

### **GMF-Umfrage: Leichte Globalisierungsskepsis in den USA und Europa**

Perspectives on Trade and Poverty Reduction. A Survey of Public Opinion, *German Marshall Fund*, Dezember 2006

Der German Marshall Fund hat die dritte Ausgabe seiner jährlichen Meinungsstudie *Perspectives on Trade and Poverty Reduction* veröffentlicht. Die Umfrage, in der Amerikaner und Europäer zu Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungsthemen befragt werden, lässt eine leichte Globalisierungsskepsis erkennen: Globalisierung und internationaler Handel ja, aber kein Abbau von Handelsschranken um jeden Preis, schon gar nicht für Agrarprodukte. Zudem sollten heimische Unternehmen geschützt werden, besonders vor der Konkurrenz aus China.

Trotz eines positiven Trends im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich die Mehrheit der Befragten unzufrieden mit der Wirtschaft. Nur 41% der Amerikaner (2005: 30%) und 27% der Europäer (2005: 20%) äußerten sich positiv. Gleichzeitig befürworteten 52% der Befragten die Globalisierung sowie 71% der Amerikaner (2005: 66%) und 75% der Europäer (2005: 67%) den internationalen Handel. Skepsis kommt dagegen beim Thema Freihandel und Abbau von Handelsschranken auf. Besonders Franzosen (66%) und Amerikaner (56%) sind der Meinung, dass ihre nationalen Unternehmen geschützt werden sollten – ein neuer Trend zum Protektionismus?

Ähnlich heilig ist den Amerikanern die heimische Landwirtschaft. Nur 49% sind für eine Begrenzung der Agrarsubventionen, im Vergleich zu 59% der Europäer. Diese (57%) sorgen sich eher um die Qualität der Lebensmittel für den Fall, dass die Agrarmärkte weiter geöffnet werden. Das Argument: Kleine und spezialisierte Unternehmen könnten dann nicht mehr mit den multinationalen Lebensmittelkonzernen konkurrieren.

Agrarsubventionen und Einfuhrzölle für landwirtschaftliche Produkte sind zunehmend Sand im Getriebe des internationalen Handelssystems. Im Juli 2006 scheiterten die WTO-Gespräche in Doha in erster Linie daran, dass auf diesem Gebiet keine Einigung erzielt wurde. Für viele arme Länder aber ist die Öffnung der Agrarmärkte der einzige Weg zu wirtschaftlicher Entwicklung. Die Ergebnisse der GMF-Studie zeigen nun, dass eine Öffnung der Agrarmärkte nicht nur von den Politikern blockiert, sondern auch von der Öffentlichkeit in Europa und den USA mit Skepsis gesehen wird. Für Freihandel gibt es nach wie vor keine Lobby.

Kritisch äußerte sich die Mehrheit der Befragten zum Thema China: Amerikaner und Europäer betrachten die aufstrebende Wirtschaftsmacht in erster Linie als Bedrohung. 59% der Befragten fürchten die Konkurrenz durch chinesische Billigprodukte und die Abwanderung heimischer Unternehmen nach China. Besorgt zeigte man sich auf beiden Seiten des Atlantik beim Thema Migration. So glauben etwa die Hälfte der Amerikaner und die Mehrheit der Europäer, dass Einwanderer häufig arbeitslos und somit eine Belastung für die sozialen Sicherungssysteme sind. Allmählich scheint sich jedoch in Europa (55%) die Einsicht durchzusetzen, dass Zuwanderer der einheimischen Wirtschaft auch nützen können – eine Erkenntnis, die in den USA (52%) seit jeher selbstverständlich ist. [Mehr...](#)

### **Deutschland ist Reformmeister 2006**

Economic Survey of the Euro Area 2007, Policy Brief, *OECD*, Januar 2007

Der jüngste Wirtschaftsüberblick der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeichnet ein positives Bild der Eurozone: In den Staaten der Währungsunion wird sich der wirtschaftliche Aufschwung bis 2008 fortsetzen, Unternehmen und Privathaushalte blicken zuversichtlicher in die Zukunft, die Investitionen steigen und die Arbeitslosenquote liegt erstmals seit 2001 wieder unter 8%. Doch der Wirtschaftsaufschwung muss nun dazu genutzt werden, die Haushaltspolitik ins Gleichgewicht zu bringen.

Auch 5 Jahre nach Einführung des Euro gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten. Einige Länder haben größere wirtschaftliche Fortschritte gemacht als andere – die Folge: während die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank für die einen zu einschränkend ist, ist sie für andere nicht streng genug. Dennoch stellt die OECD den obersten Währungshütern der Eurozone ein gutes Zeugnis aus. Stabile Inflationsraten, Preisstabilität und ein Anstieg des Handels innerhalb der Eurozone um 5-15% seit 2002 sprechen für den Erfolg der gemeinsamen Währung.

Deutschland wurde bei der Vorstellung des Berichts von OECD-Chefökonom Jean-Philippe Cotis ausdrücklich gelobt. Als einziges Land der Eurozone habe die Bundesrepublik sich energisch um eine Haushaltskonsolidierung bemüht. Weitaus kritischer äußerten sich die Experten zu den Reformanstrengungen in anderen Mitgliedsländern. In den vergangenen 10 Jahren hätten zwar alle Regierungen umfassende Reformen beschlossen, aber ausgerechnet seit der Euroeinführung 2002 habe die Reformintensität nachgelassen. Die Prioritäten für die Zukunft bleiben:

- Flexibilisierung des Arbeitsmarkts: Mit einem flexibleren Kündigungsschutz und flexiblen Löhnen könnten die jeweiligen Volkswirtschaften besser auf makroökonomische Veränderungen reagieren.
- Steigerung des Wettbewerbs: Besonders die Öffnung des Dienstleistungsbereichs könnte weiteren Druck von der Finanzpolitik nehmen.
- Integration und Entwicklung der Finanzmärkte: Die Staaten dürfen nicht nur auf zukunftsfähige öffentliche Etats schauen, sondern sie müssen langfristige Wachstumsraten anstreben.

Dank des Aufschwungs kann die Finanzpolitik stabilisiert werden. Doch die Mitgliedsstaaten müssen sich weiter anstrengen, um ausgeglichene Haushalte und Schuldenabbau zu erreichen. Gemessen an OECD-Standards ist das für 2007 und 2008 prognostizierte Wachstum der Eurozone von 2,25% eher moderat. [Mehr...](#)

### **Chinas Energiehunger verlangt neue Außenpolitik**

Erica Downs, China, *The Brookings Foreign Policy Studies*, Energy Security Series, *The Brookings Institution*, Dezember 2006

Zwischen 2000 und 2005 wuchs der Energiebedarf der Chinesen um fast 60%. Etwa die Hälfte des weltweiten Energie-Mehrverbrauchs seit 2000 ist „Made in China“. Den gestiegenen Bedarf decken die Chinesen fast ausschließlich durch Öl-Importe, weshalb sie 2003 zum zweitgrößten Öl-Konsumenten hinter den USA und 2004 zum drittgrößten Öl-Importeur hinter den USA und Japan aufstiegen.

Die Verwandlung vom unabhängigen Eigenversorger zum drittgrößten Öl-Importeur der Welt zwingt insbesondere die chinesische Außenpolitik, sich neu zu orientieren – zumal die Regierung diese Entwicklung recht spät erkannte und nun händeringend nach Strategien sucht, um die Energieversorgung langfristig zu sichern. Die Dynamik, die diese politische Neuausrichtung bestimmt, ist durch fünf Konfliktlinien gekennzeichnet:

1. *Staat vs. Markt*

Bei der Auflösung des Energieministeriums 1993 glaubte die Regierung noch, dass sich China auch in Zukunft selbst versorgen würde. Doch in jüngster Zeit werden Stimmen lauter, die eine Rezentralisierung der Energiepolitik fordern, um mehr Energiesicherheit zu schaffen. Mit der Energy Leading Group (ELG) und dem State Energy Office (SEO) wurden dafür bereits neue Akteure ins Leben gerufen. Ihnen stehen die nationalen Ölkonzerne gegenüber, die durch ihr „globales Geschäft“ gezwungen sind, sich schrittweise vom Einfluss des Staates zu lösen.

2. *Erhöhter Energieimport vs. Nachfrage-Management*

Zumindest rhetorisch hat es in jüngster Zeit einen deutlichen Perspektivenwandel gegeben, bei dem der Nachfrage mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Chinas Führung ist zunehmend davon überzeugt, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur bei effizienter Energienutzung möglich ist. Gleichzeitig gibt es Akteure, die das Energieproblem auch zukünftig durch erhöhte Importraten lösen wollen (z.B. NOCs).

3. *Regierung vs. National Oil Companies (NOCs)*

Das Verhältnis zwischen der Regierung und den nationalen Ölkonzernen wird in Zukunft durch mehr politische Spannungen nach innen und größere Geschlossenheit nach außen gekennzeichnet sein. Einerseits werden die NOCs mehr Unabhängigkeit von staatlicher Bevormundung anstreben – nicht zuletzt, um an den internationalen Finanzmärkten nicht abgestraft zu werden. Sinopec Ltd. ist z.B. in New York und Hongkong an der Börse notiert. Andererseits aber wird es zu noch engerer Kooperation zwischen der Regierung und den Ölkonzernen kommen, um sich gegenseitig „den Rücken zu stärken“.

4. *Multilaterale vs. bilaterale Kooperation*

Wenn in China bisher von „internationaler Energiekooperation“ die Rede war, dachte man an bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit einem beliebigen Öl-Exporteur. Doch die Rolle eines immer wichtigeren Mitspielers im internationalen Ölgeschäft und das gesteigerte Interesse an der chinesischen Öl-Nachfrage zwingt die Regierung zum Umdenken. Sie hat ein reales Interesse an globaler Stabilität und weltweiter Energiesicherheit, weshalb sie verstärkt auf multilaterale Kooperation setzen muss.

5. *Radikalisierung vs. Mäßigung der Außenpolitik*

Öl spielt ohne Zweifel eine immer wichtigere Rolle für die chinesische Außenpolitik. Peking wird deshalb bei der Sicherung der Energieressourcen auch eine offene Konfrontation mit den USA nicht scheuen, zumindest dann, wenn dadurch nicht die wichtigsten außenpolitischen Interessen der Amerikaner gefährdet wären.

China wird diese Konfliktodynamik politisch ausbalancieren müssen. Der Weg, den es dabei einschlägt, hat nicht nur Auswirkungen auf seine eigene Entwicklung, sondern auch auf den Rest der internationalen Staatengemeinschaft. [Mehr...](#)

### **Golfregion besonders attraktiver Investmentstandort**

Kito de Boer, Saudi Arabia's Global Investor: An Interview with Prince Alwaleed, *McKinsey Quartely*, Dezember 2006

Prinz Alwaleed Bin Talal Bin Abdulaziz Alsaud, Neffe des saudischen Königs, gilt als erfolgreicher internationaler Investor. Mit einem geschätzten Vermögen von 20 Mrd. US-Dollar führt Forbes ihn an achter Stelle unter den Reichsten der Welt und damit als reichsten Araber. Er hält u.a. Beteiligungen an Citigroup, News Corporation, Time Warner, Disney, Apple und Motorola. In einem Interview preist er die Golfregion als attraktiven Investmentstandort, fordert aber gleichzeitig Reformen für Saudi-Arabien.

Das Königreich Saudi-Arabien ist nach Meinung von Prinz Alwaleed der Mittelpunkt der Golfregion. Dank einer relativ guten Infrastruktur und dem neuerlichen Boom der Ölpreise kann sich das Land nun auf soziale Verbesserungen konzentrieren. Dazu gehören seiner Meinung nach die Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Hausbau für Arme. Außerdem hat Saudi-Arabien es geschafft, die Staatsverschuldung deutlich zu reduzieren. Doch erst Investitionen in neue Wirtschaftsbereiche werden den Wohlstand für die Zukunft sichern. Weniger Bürokratie und eine wettbewerbsfähige Steuergesetzgebung machen Saudi-Arabien nicht nur gegenüber dem Rest der Region konkurrenzfähig, sondern auch gegenüber Osteuropa, Lateinamerika und Afrika. Besonders wichtig ist dem Prinz die Bildung: Er fordert von den Schulen, sich stärker auf Naturwissenschaften, Englisch, Mathematik und auf das Internet zu konzentrieren.

Im Gegensatz zu Alwaleeds finanziellem Engagement in den USA sind andere arabischer Investoren von der misslungenen Übernahme amerikanischer Häfen durch Dubai Ports abgeschreckt worden und investieren ihr Geld verstärkt in Europa, Indien, China und dem Fernen Osten.

Gleichzeitig wird viel Geld in die lokalen Wirtschaften am Golf investiert. Insgesamt könnten in den nächsten zwei Jahren bis zu 1 Billion US-Dollar in die Region fließen. Am aussichtsreichsten schätzt der Prinz den petrochemischen Sektor ein – als Ergänzung zur Ölindustrie. Aber auch Bank- und Finanzdienstleistungen sowie der islamische Tourismus bieten aus seiner Sicht Investitionsmöglichkeiten. [Mehr...](#)

### Hoffnungsschimmer irakische Wirtschaft

Silvia Spring, Iraq's Economy is Booming, *Newsweek International*, 25.12.2006

Der Irak ist eine Erfolgsstory – zumindest aus wirtschaftlicher Sicht. Die Gehälter sind seit dem Fall von Saddam Hussein um über 100% gestiegen. Das U.S. Chamber of Commerce berichtet von inzwischen 34.000 registrierten Firmen (gegenüber 8000 im Jahr 2003). Schätzungen zufolge wuchs das Bruttoinlandsprodukt 2006 um 13%. 2005 verzeichnet das führende irakische Mobilfunkunternehmen Iraqna neben Mitarbeiterentführungen, zerstörten Geschäften und hohen Ausgaben für Sicherheit (bis zu 4 Wächter für jeden Angestellten) auch Erlöse in Höhe von 333 Mio. US-Dollar. 2006 sollen es sogar 520 Mio. sein. Die Zahl der Gebrauchtwagen ist fünf Mal höher als vor dem Krieg, chinesische Billigwaren überschwemmen den Markt und die Immobilienpreise stiegen um mehrere 100%.

Auch wenn die Weltbank mit ihrer Prognose von 4% vorsichtig ist – die irakische Wirtschaft wächst, und das trotz des allgemeinen Chaos im Land, manchmal sogar durch dieses begünstigt. Beispiel Korruption: [Global Insight](#) berichtet, dass die der Regierung oder den Hilfsprojekten entwickelten Gelder nicht einfach verschwinden, sondern den dynamischsten Teil der irakischen Wirtschaft bilden. Doch langfristig sollte die irakische Regierung auf diesen Effekt nicht bauen. Die Arbeitslosenquote liegt nach wie vor zwischen 30 und 50%, es fehlt ein funktionierendes Bankensystem, die politische Instabilität hält ausländische Investoren von verbindlichen Zusagen ab. Allein der Faktor Sicherheit bindet häufig bis zu ein Drittel der Unternehmensbudgets, obwohl der Irak dringend Krankenhäuser, Straßen und Kraftwerke bräuchte. Aber selbst die Ausgaben für Sicherheit bewirken, dass das Geld zirkuliert und bei den Menschen ankommt, die es nach Jahren der Sanktionen nun auch ausgeben können. [Mehr...](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter [www.global-agenda.org](http://www.global-agenda.org).




Wir navigieren Sie durch die strategischen Themen der Weltpolitik


→ INTERNATIONALE POLITIK	→ GLOBALE WIRTSCHAFT	→ STRATEGISCHE REGIONEN
<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Massenvernichtungswaffen und Terrorismus</li> <li>→ Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten</li> <li>→ Entwicklungspolitik/Kampf gegen Armut</li> <li>→ NATO/ESVP</li> <li>→ Klimawandel/Umweltschutz</li> <li>→ Zukunft der UN/Global Governance</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Energie/Rohstoffe/Wasser</li> <li>→ Bildung/Forschung/Technologie</li> <li>→ Demographie/Global Aging/Migration</li> <li>→ Weltwirtschaft und Handel</li> <li>→ Kapitalmarkt/Corporate Governance</li> <li>→ Corporate Citizenship/CSR</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ China</li> <li>→ Indien</li> <li>→ Russland/Ukraine</li> <li>→ Asien</li> <li>→ Afrika</li> <li>→ Lateinamerika</li> </ul>



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Eddie Hartmann/Björn Sacknieß/Sylke Tempel

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)



**Zweite „Atlantic Happy Hour“ der Atlantischen Initiative mit dem  
Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan  
in Zusammenarbeit mit NATO und DGAP**

Am 19. Dezember 2006 veranstaltete die Atlantische Initiative e.V. ihre zweite „Atlantic Happy Hour“, diesmal in der neuen „Atlantic Lounge“ an ihrem Sitz in der Berliner Wilhelmstraße. Neben dem Generalinspekteur diskutierten auf dem Panel Dr. Rudolf Adam (BAKS), Mihai Carp (NATO) und Dr. Constanze Stelzenmüller (GMFUS). Die neue afghanische Botschafterin Prof. Dr. Maliha Zulfacar ergänzte die Aussagen der Panelisten um eine authentische Perspektive aus dem betroffenen Land. Moderiert und durch pointierte Fragen stimuliert wurde die Happy Hour durch Dr. Michael Inacker, den stellvertretenden Chefredakteur und Leiter des Hauptstadtbüros der Wirtschaftswoche.

Eingangs nutzten Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen, die beiden Vorstände der Atlantischen Initiative, die Gelegenheit, um die Ziele der Initiative vorzustellen, der Humboldt Viadrina School of Governance großen Dank für die Überlassung der Räumlichkeiten auszusprechen und eine kurze Einführung in das Thema des Abends zu geben. Das Panel diskutierte sodann mit über 100 geladenen Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Kultur die folgenden Fragen:

**Bundeswehr und NATO in Afghanistan:  
Was passiert vor Ort, was steht auf dem Spiel und welche Strategien gibt es?**

Welches sind konkrete Ergebnisse der NATO-internen Debatte über Strategien für einen Erfolg des ISAF-Einsatzes in Afghanistan? Lassen sich im Süden Afghanistans ähnlich stabile Verhältnisse wie im Norden herstellen? Welcher Ansatz ist dafür der richtige? Welche Probleme gibt es noch vor Ort? Wie groß ist die Gefahr eines Scheiterns der NATO in, oder gar an, Afghanistan?

Hier einige zentrale Aussagen der Teilnehmer sowie ausgewählte Stimmen aus dem Publikum:

**General Wolfgang Schneiderhan** (Generalinspekteur der Bundeswehr)

- Trotz aktueller Probleme hat sich der Einsatz der NATO und speziell der Bundeswehr in Afghanistan eindeutig gelohnt. Vergleicht man die Lage zur Zeit der Petersberger Konferenz mit der Lage heute, stellt man fest, dass Strassen wieder offen sind und das Land überhaupt zugänglich geworden ist. Deutschland verteidigt am Hindukusch seine eigenen demokratischen Werte und seine Sicherheit vor Terroristen.
- Die Operationen der ISAF und der OEF sind eng miteinander verflochten. Die Strategie, das Land nicht auf einen Schlag, sondern in vier Bezirken und Phasen zu stabilisieren, war von den verbündeten Nationen einvernehmlich beschlossen worden.
- Der Bundeswehreinsatz im Norden hat Kräfte der Briten und der USA für Einsätze im Süden freigesetzt und somit bereits erheblich zur Verstärkung der Truppen dort beigetragen. Während sich die ISAF im Norden primär einzelnen terroristischen Tätern gegenüberstellt, hat es die ISAF im Süden und Osten mit straff organisierten Taliban-Gruppen und nachgerade militärischen Gefechten zu tun. Für Soldaten ist die Bekämpfung terroristischer Einzeltäter schwieriger als offene militärische Gefechte.
- Die größere Stabilität im Norden ist „auch durch unser Vorgehen“ zu erklären. Entschlossenheit und Fortschritt bei der Stabilisierung des Landes lassen sich nicht nur an der Zahl stationierter

Soldaten messen, sondern auch an der Qualität von Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder der Verfügbarkeit von Strassen und Schulen.

- Von Beginn an war klar, dass der ISAF-Einsatz ein langwieriges Engagement erfordert. Die zunehmenden Spekulationen über ein „Scheitern“ der Staatengemeinschaft in Afghanistan sind voreilig und wenig hilfreich: So unterminiert man die Glaubwürdigkeit der ISAF bei der afghanischen Bevölkerung und spielt damit den Taliban direkt in die Hand.
- Ein eigenes *worst-case*-Szenario hat der Generalinspekteur (auf Frage von Stephan Löwenstein, FAZ) nicht, und würde ein solches auch nie öffentlich erörtern. Überhaupt ist es problematisch, wie gern militärische Einzelheiten in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Dies trägt kaum zur Sicherheit der Truppen vor Ort und zu deren Erfolg bei, denn auch der Gegner verfolgt unsere Medienberichterstattung.
- Das größte, aber lösbare Problem bleibt die Sicherung der langen Grenze zu Pakistan.
- „Es hat einfach keine offizielle Anfrage durch die regulären Kanäle gegeben“, in denen die Alliierten mehr deutsche Truppen angefordert hätten. Deutschland kann nicht auf jede irgendwo geäußerte Idee mit einer Verstärkung seiner Truppen reagieren. Zwei Drittel aller ISAF-Truppen operieren schon jetzt im Süden; der Norden ist relativ dünn besetzt. Die Bundeswehr muss sich gegenüber den Verbündeten weder schämen noch entschuldigen. Durch die Erzeugung öffentlichen Drucks kann man keine zusätzlichen Truppen mobilisieren; gegenüber einem souveränen Bündnispartner wie Deutschland müssen die grundlegenden Regeln des Umgangs beachtet werden. Bereits die bloße Beteiligung vieler europäischer Staaten an der ISAF ist ein großer Erfolg für den Zusammenhalt der NATO.
- Das deutsche Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit ist gut. Zweckmäßig wäre es aber, derartige Konzepte bereits vor dem Beschluß zur Entsendung von Truppen konkret auszuarbeiten und mit ihrer Umsetzung zu beginnen.
- Die NATO sollte in ihren politischen Gremien wieder vermehrt über ihre Strategien diskutieren statt über taktische Einzelfragen wie fehlende Hubschrauber. In dieser Hinsicht war der Gipfel von Riga ein Zeichen der Hoffnung, denn dort wurde statt der zu befürchtenden „Truppenstellerkonferenz“ wirklich über Strategien diskutiert.

**Dr. Constanze Stelzenmüller** (Leiterin des Berliner Büros des German Marshall Fund of the United States)

- Die öffentliche Aufmerksamkeit für Afghanistan wurde lange durch die Lage im Irak überschattet. Erst durch die Kämpfe im Süden erhielt das Land wieder mehr Beachtung. Daraufhin wurden in Amerika die Überlegungen intensiver, wie die Verbündeten mehr Lasten von den USA übernehmen können. Es gab sowohl aus dem Pentagon als auch dem Kongreß deutliche Forderungen an Deutschland nach mehr Truppen für den Süden.
- Die Zwischenwahlen zum Kongreß im November haben in den USA ein spürbares Umdenken offenbart. Die Amerikaner sind heute eher bereit, aus der Erfahrung im Irak zu lernen; es gibt heute auch viel streitkräfteinterne Kritik am Einsatz des Militärs. Aber die Streitkräfte der USA sind auch eine schwerfällige und langsame Bürokratie; so schnell wird sich also wenig ändern.
- Die Erfahrung in Afghanistan zeigt, dass alle drei beteiligten militärischen Kulturen – Deutschland, das Vereinigte Königreich und die USA – jeweils ihre eigenen Dinge richtig und falsch machen. Aber auch die Problemlage in Afghanistan ist sehr vielfältig, was entsprechend unterschiedliche Ansätze und Lösungen erfordert.
- Das Problem im Süden des Landes ist militärisch beherrschbar. Die Bundeswehr sollte die Alliierten im Süden mit KSK-Einsatzkräften unterstützen. Allerdings ist es nicht möglich, die Grenze zu Pakistan militärisch zu schließen.
- Hinsichtlich der Ziele von NATO/ISAF in Afghanistan wäre es sinnvoll, auch die Afghanen selbst nach ihren Wünschen zu befragen. Das afghanische Volk verfügt über gewaltige Selbstheilungskräfte; auch auf diese Kräfte kann die ISAF bauen.
- Die Bundesrepublik hat auch vor 1989 schon nationale Interessen verfolgt, bisweilen sogar recht „ruppig“. Nur geschah dies seinerzeit im Kleid europäischer Interessen. Deutsche Interessen liegen auch im Entstehen für unsere Werte.

**Dr. Rudolf Adam** (Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik)

- Eine Antwort auf die Frage nach der Gefahr eines „Scheiterns“ der ISAF erfordert zunächst eine – noch gar nicht erkennbare – klare Antwort auf die Frage, welches denn dort die Ziele sind. Es bestehen im Fall Afghanistan zwei zentrale Risiken: Zum einen ein Zerschlagen der Bündnissolidarität und zum anderen, dass Afghanistan wieder wie früher zu Rückzugsraum und Operationsbasis des internationalen Terrorismus werden könnte.

- Von einem „sicherheitspolitischen Endspiel“ (Inacker) kann man vielleicht im Kosovo sprechen; in Afghanistan ist man davon noch weit entfernt. Der dortige Einsatz ist eine langfristige Angelegenheit. Ein Erfolg erfordert dabei viel mehr als nur militärisches Engagement – auch die Afghanen selbst müssen hier in die Pflicht genommen werden. Insgesamt ist man für Afghanistan „auf gutem Wege.“
- Kanada, welches erhebliche Opfer bei den Kampfeinsätzen in Südafghanistan tragen muss und das mit solchen Einsätzen ähnliche innenpolitische Schwierigkeiten hat wie Deutschland, könnte sein militärisches Engagement 2007 deutlich einschränken. Entsprechend können auf Deutschland noch erhebliche zusätzliche Anforderungen zukommen.
- Zu Robert Kagans These, die Amerikaner stammten vom Mars, die Europäer von der Venus ließe sich anmerken, dass Mars ein tumber Tor war, Venus hingegen klug und am Ende immer Siegerin. Aber es wäre falsch zu verkennen, dass auch die Angelsachsen über erhebliche kulturelle und emotionale Intelligenz verfügen.
- Nach Adams Erfahrung in Diensten der Bundesregierung waren es immer gerade die Soldaten, die sich gegenüber zivilen Komponenten am aufgeschlossensten zeigten.
- Eine Kernfrage für die Lösung der Probleme im Süden ist die Finanzierung der Taliban. Wer ist dafür verantwortlich? Wie kann man diese Finanzierung beenden?
- Deutsche Soldaten riskieren ihr Leben nicht umsonst, wenn es darum geht, die Taliban und Al Quaida zu kontrollieren. Mädchen Schulbesuche zu ermöglichen, könnte hingegen ein etwas zu hoch gegriffenes Ziel sein. Schon die Sowjetunion ist damit gescheitert, Afghanistan ein ganz neues politisches und gesellschaftliches System zu bringen.

**Mihai Carp** (Stv. Referatsleiter / Krisenmanagement in der NATO-Abteilung für Operationsführung und Afghanistan-Spezialist)

- Der Konsens im Bündnis zum Thema Afghanistan (im Gegensatz zur Uneinigkeit gegenüber dem Irak) war 2001 sehr wichtig für die NATO. Um den ISAF-Einsatz zu Ende bringen zu können, benötigt das Bündnis Solidarität und Durchhaltevermögen. Die NATO hat sehr wohl ein Gesamtkonzept und einen umfassenden Einsatzplan für Afghanistan. In nächster Zukunft könnte es darin zu Änderungen kommen, was das Vorgehen im Süden angeht.
- ISAF und OEF bleiben separate Einsätze, sind aber immer enger miteinander verzahnt. Kritiker der OEF müssen wissen: Die ISAF ist militärisch auf die OEF angewiesen. Für Afghanistan ist der NATO/ISAF-Einsatz sehr wichtig, kann aber nicht allein stehen. Auch die EU und die UNO müssen eine Rolle spielen.
- Auch wenn jeder Bündnispartner seine „eigene Kultur“ mitbringt, was die Gewichtung und Gestaltung militärischer gegenüber zivilen Mitteln angeht, ist es in der NATO Allen sehr klar, dass militärisches Engagement allein nicht ausreicht. Das PRT-Konzept ist der richtige Weg, um militärisches und ziviles Engagement zu verbinden. Dabei kann die NATO nicht alle Partnernationen in jeder Hinsicht auf einen Nenner bringen – aber im Rahmen der PRT gibt es schon viel Koordination.
- Ebenso wie Afghanistan sehr unterschiedliche Regionen aufweist, hat es die NATO dort auch mit sehr verschiedenen Nachbarstaaten zu tun, darunter sogar PfP-Partner. Pakistan ist ein für die NATO neuer Ansprechpartner. Der stellvertretende NATO-Generalsekretär war inzwischen schon zweimal in Islamabad, um sich vor Ort zu koordinieren. Auch die „Trilateral Commission“ unter Einschluß Pakistans, noch unter der OEF ins Leben gerufen und nun von der ISAF/NATO fortgeführt, ist ein Lösungsweg. Die Unterstützung der NATO in der Erdbebenhilfe für Pakistan war ein wichtiger Schritt in der Konsolidierung der bilateralen Beziehungen, aber es muss in Pakistan noch viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, um die NATO und Ihre neuen Rollen besser zu erklären.
- Der Iran hat die Aktivitäten der NATO in seinem Nachbarland zuletzt geduldet. Das Bündnis unterhält auch die notwendigen militärisch-taktischen Kontakte zum Iran. Für politische Kontakte gibt es aber in der NATO nicht den erforderlichen Konsens.

**I.E. Prof. Dr. Maliha Zulfacar** (Botschafterin der Islamischen Republik Afghanistan)

- Allein die Tatsache, dass sie als Frau heute ihr Land in Deutschland vertritt, belegt schon den Wandel in Afghanistan und den Erfolg der Staatengemeinschaft seit 2001.
- Das Tempo des Wandels ist allerdings langsam. Die bisherigen Anstrengungen waren zu vereinzelt. Es fehlen ein „collaborative effort“ sowie ein konsistenter Gesamtplan (ähnlich z. B. dem Marshall-Plan) für den Wiederaufbau des Landes. Laut Böll-Stiftung wurden bisher 84% der für Afghanistan einsetzten Mittel für Militärausgaben aufgewendet und nur 3% für den zivilen Wiederaufbau.

- Auch im Norden gibt es Spannungen. Im Süden, der seit 1987 die Hauptlast der Kriege trägt, hätte die Staatengemeinschaft nach 2001 mehr leisten können. Das Hauptproblem bleibt die weitgehend offene Grenze zu Pakistan, wo die Taliban Rückzugsräume finden.
- Die USA sind insgesamt zu stark auf die Taliban und Al Quaida fokussiert. Ihr *top-down*-Ansatz ist weniger zweckmäßig als der deutsche Weg, vor Ort mit der einfachen Bevölkerung zu arbeiten. Das Land benötigt vor allem Nahrung, Trinkwasser und Bildung. Die afghanische Bevölkerung schätzt den internationalen Einsatz, aber der Mitteleinsatz ist z. B. im Vergleich zum Kosovo zu gering.
- Der Rigaer NATO-Gipfel mit seinem Ergebnis, bei den Militäreinsätzen flexibler vorzugehen, bringt Hoffnung. „*One size fits all*“ paßt nicht auf Afghanistan. Es ist besser, das Land in unterschiedliche Regionen mit unterschiedlichen Befriedungs- und Wiederaufbaustrategien einzuteilen.

### Stimmen aus dem Publikum

- **Prof. Dr. Arnulf Baring** (FU Berlin) vertrat die Ansicht, dass die deutsche Gesellschaft noch nicht in der Lage sei, den notwendigen Wandel hin zu mehr militärischem Engagement bei der Wahrung deutscher Interessen zu tragen. Die Natur der Welt nach 1990 sei in Deutschland noch nicht erkannt und begriffen worden. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik fehle es aus Parteien und Parlament heraus entschieden an politischer Führung gegenüber der Bevölkerung. Bundeswehr-Einsätze dürften hierzulande weder Geld noch Blut kosten; größere Verluste würde die deutsche Öffentlichkeit nie mittragen. Die Bundeswehr sei unterfinanziert.



Das Panel von links: Dr. Rudolf Adam (BAKS), Dr. Constanze Stelzenmüller (GMFUS), Moderator Dr. Michael Inacker, Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan, Mihai Carp (NATO)  
Bild: Stefan Maria Rother

- **Prof. Dr. Helga Haftendorn** (Em. FU Berlin) widersprach Baring und verwies auf die großen Veränderungen, die es in Deutschland seit 1990 hinsichtlich der Bereitschaft, sich in der Welt militärisch zu engagieren, gegeben hat. Fraglich sei die Rolle Irans in dem Konflikt sowie das politische Konzept für die Kooperation zwischen ISAF und OEF.
- **Winfrid Nachtwei, MdB** (Bündnis 90 / Grüne) stellte fest, dass Deutschland nicht auf große Opfer vorbereitet sei. Zugleich sei aber der große Gleichmut der Deutschen gegenüber den schon zu beklagenden Opfern erstaunlich und für die Soldaten beunruhigend. Zu fragen bleibe unverändert: Konkret wofür sollen deutsche Soldaten kämpfen und sterben? Was sind die verfolgten Ziele und die dazu gewählten Strategien?
- **Dr. Abdul Zadran** von der afghanischen Botschaft bemerkte, dass die Taliban vor allem Zulauf erhielten, weil es zu viele zivile Opfer der alliierten Operationen im Süden und zu wenig Respekt der Soldaten gegenüber der dortigen lokalen Bevölkerung gebe. Weniger Militär, dafür aber mehr PRTs wie bei den Deutschen im Norden wären auch im Süden hilfreich.

Der Abend wurde in angeregter Atmosphäre bei einem Imbiss und Getränken mit zahlreichen Gesprächen in kleinen Kreisen noch bis in die späten Abendstunden fortgesetzt.



Bericht: Andreas Beckmann